

Vorgestellt: Der WEISSE RING



In loser Folge will der Mieterbund Einrichtungen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr vorstellen, die außerhalb staatlicher Institutionen für die Belange von Bürgerinnen und Bürger eintreten und Hilfe leisten. Heute der WEISSE RING, der sich seit 1976 für die Opfer von Kriminalität einsetzt. Die MieterZeitung (MZ) sprach mit Klaus Holtz. Der frühere Kriminalbeamte ist seit 1. Mai 2010 Leiter der Außenstelle Bonn des WEISSEN RINGS.

MZ: Wir haben Polizei, Gerichte, Ämter usw. Warum eine spezielle Opferhilfeorganisation?

Klaus Holtz: Polizei und Gerichte konzentrieren sich in erster Linie auf die Täter. Ihre Aufgabe ist es, die Täter zu fassen, zu

überführen und ihrer Strafe zuzuführen. Die Leidtragenden sind dabei wieder nur „Opfer“ und Zeugen, die bei der Vernehmung und bei Aussagen vor Gericht oft die Tat ein zweites Mal durchleben müssen. Ein Verbrechen ist für die Opfer eine traumatische Erfahrung, häufig mit schweren Beeinträchtigungen ihrer seelischen und körperlichen Gesundheit verbunden. Mit Schadensersatz oder Schmerzensgeld – wenn das überhaupt gezahlt wird – können die immateriellen Schäden aber niemals ausgeglichen werden. Betroffen sind meistens auch Familie und soziales Umfeld des Opfers. Um hier wirksam helfen zu können, sind vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen notwendig.

MZ: Und die hat der WEISSE RING?

Klaus Holtz: Ja. Der WEISSE RING wurde 1976 gegründet, weil es damals überhaupt noch keine organisierte Opferhilfe gab. Die Außenstelle Bonn besteht seit 28 Jahren und hat in dieser Zeit 1.670 Opfern beigegeben.

MZ: Wie helfen Sie?

Klaus Holtz: Zunächst mit persönlicher Beratung und Betreuung durch geschulte Helfer, die ehrenamtlich tätig sind. Wir unterstützen und begleiten bei Behördenwegen, bei Vernehmungen, bei Gesprächen mit Anwälten und bei Gerichtsverhandlungen. In besonderen Notfällen können wir auch finanziell helfen. Wir wollen Opfern das Gefühl geben, dass sie in ihrem Leid nicht alleingelassen werden. Wenn notwendig, vermitteln wir auch professionelle Hilfen durch Anwälte und Psychotherapeuten. Häufig wird nach der Tat auch ein Orts- oder Wohnungswechsel nötig. Da sind unsere guten Kontakte zu

Behörden, aber auch zum Mieterbund sehr nützlich.

MZ: Wo kommt das Geld für Ihre Arbeit her?

Klaus Holtz: Der WEISSE RING ist ein gemeinnütziger Verein mit zurzeit circa 55.000 Mitgliedern, die einen Beitrag zahlen. Außerdem erhalten wir Spenden und Ähnliches sowie von der Justiz verhängte Geldbußen.

MZ: Wie kann man den WEISSEN RING erreichen?

Klaus Holtz: Im Internet unter www.weisser-ring.de. Die Außenstelle Bonn (zuständig auch für Teile des Bonner Umlands) ist die ganze Woche erreichbar unter: WEISSER RING – Klaus Holtz, Postfach 32 01 33, 53204 Bonn, Telefon 02 28/71 03 60 97, Fax 02 28/71 03 60 98, E-Mail: klaus-holtz@online.de

MZ: Herr Holtz, haben Sie einen besonderen Wunsch?

Klaus Holtz: Es wäre schön, wenn sich mehr junge Leute für den ehrenamtlichen Einsatz im WEISSEN RING interessieren. ■

Schwarz-Grün blockiert Wohnungsbau

Am 16. März 2010 hatte sich der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit des Bonner Rats mit den Stimmen aller Ratsparteien dafür ausgesprochen, dass die Vebo-wag im nächsten Jahr mindestens 200 Neubauwohnungen errichten soll. Der Mieterbund sieht darin einen notwendigen Beitrag gegen die zunehmende Verknappung von Wohnraum in Bonn.

Am 21. Mai – wenige Tage nach der Landtagswahl – sprach sich aber die Mehrheit aus CDU und Grünen im Finanzausschuss gegen das Vorhaben aus. Bernhard von Grünberg vom Mieterbund kritisiert: „Schwarz-Grün verbaut die Zukunft, statt sie zu bauen.“ Die Verwaltung habe eindrucksvoll belegt, welche Versorgungsprobleme ohne aktive Wohnungspolitik der Stadt drohen. ■

Jeder Zweite wurde Mitglied

Über 50 Besucher nutzten Mitte Juni den Tag der offenen Tür beim Siegburger Mieterbund, um sich zu informieren. Von dessen Arbeit und Leistungen waren 28 von ihnen so überzeugt, dass sie spontan die Beitrittserklärung unterschrieben. Mit dieser Bilanz waren Geschäftsführer Franz-Josef Windisch und seine Mitarbeiterinnen „sehr zufrieden“.

Wohnungsbau auf Tiefpunkt

Bei einem Pressegespräch anlässlich des Tages der offenen Tür äußerte Windisch die Sorgen des Mieterbundes über die Entwicklung am Wohnungsmarkt. Auch im Rhein-Sieg-

Kreis sei 2009 der Neubau auf einem „historischen Tiefpunkt“ angelangt. Von 1.370 neu errichteten Wohnungen seien gerade einmal 327 Geschosswohnungen (in der Regel Mietwohnun-



gen). Das gehe am Bedarf weitgehend vorbei, denn die Wohnungsnachfrage in der Region werde künftig aus der Zunahme kleiner Haushalte gespeist, die in der Regel Mietwohnungen benötigten. Insbesondere einkommensschwache Familien seien auf Mietwohnungen angewiesen. Der Anteil der Sozialwohnungen im Rhein-Sieg-Kreis sei aber auf fünf Prozent gesunken, so dass die Versorgung immer schwieriger werde. Der Mieterbund fordert die kommunalpolitisch Verantwortlichen auf, dem Wohnungsbau eine höhere Priorität einzuräumen und sich in ihrer Planung stärker an der Wirklichkeit zu orientieren. ■

Mitgliederversammlung: Felix ging und kam gleich wieder

Fotos: Cynthia Rühmekorf



Dank an den scheidenden Vorsitzenden Dr. Hidir Celik (l. v. l.) und Glückwünsche für den neuen Vorstand (v. r.): Werner Dobersalske, Doris Möller, Jürgen Obertreis, Harald Eichner, Heike Hirschmann-Graf und Bernhard von Grünberg

Was die Bundesversammlung am 30. Juni in Berlin nicht schaffte, gelang der Mitgliederversammlung des Mieterbundes mühelos: die Wahl des neuen Vereinsvorsitzenden Bernhard „Felix“ von Grünberg im ersten Wahlgang und bei nur einer Gegenstimme. Zuvor hatte er allerdings seinen Schreibtisch als Hauptgeschäftsführer des Mieterbundes Bonn/Rhein-Sieg/Ahr geräumt. Diese Tätigkeit wäre mit seinem Mandat als Landtagsabgeordneter (siehe MieterZeitung 3/2010) nicht vereinbar. „Ich fühle mich aber dem Mieterbund und den Bonner Mieterinnen und Mietern weiter eng verbunden“, sagte von Grünberg, der sich seit vier Jahrzehnten für die Mieterrechte engagiert.

Dank an Dr. Hidir Celik

Zuvor wurde der bisherige Vereinsvorsitzende Dr. Hidir Celik mit Dank und Beifall der Versammlung verabschiedet. Sechs Jahre hatte er den Vereinsvorsitz inne und diese manchmal auch schwierige Aufgabe mit Geschick und Verständnis für

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigt. „Du warst immer für uns ansprechbar“, sagte Jan-Derik Wilts, Geschäftsführer der Bonner Geschäftsstelle.

Vorstand wieder gewählt

Dem neuen Vorsitzenden zur Seite steht ein siebenköpfiger Vorstand. Ohne Gegenstimmen wieder gewählt wurden: Werner Dobersalske, Harald Eichner, Dr. Josef Fischer, Helmuth Göbel, Heike Hirschmann-Graf, Doris Möller und Jürgen Obertreis.

Wahl des Beirats und der Kassenprüfer

Gewählt wurde auch der Beirat, der die Mitglieder zwischen den Jahresversammlungen vertritt, dem Vorstand beratend zur Seite steht und weitere Aufgaben hat. Im Block und ohne Gegenstimmen wurden wieder gewählt Willy Ahrberg, Peter Assmann, Gerd Grohe, Johannes Hack, Annette Mörchen, Manfred Pensl, Dieter Schaper, Ulrich von Schoenebeck, Marlies Ziemer sowie Christoph Reetz,

der erstmals kandidierte. Einstimmig zu Kassenprüfern gewählt wurden Silvia Treder und Helmut Krüll.

Von 2.000 auf 22.000

Am Anfang des Geschäftsberichts nannte von Grünberg einige Eckdaten seiner 35-jährigen Arbeit für den Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr. 1975 zählte der Verein 2.000 Mitglieder und beschäftigte zwei Verwaltungskräfte und einen Rechtsberater. Betreut wurde im Wesentlichen das Stadtge-

biet Bonn. 2010 hat der Mieterbund 22.000 Mitglieder, beschäftigt 20 Angestellte, davon acht in der Beratung, und bildet außerdem zwei Azubis aus. Betreut werden der Großraum Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler.

Der Mieterbund bietet seinen Mitgliedern nicht nur ein umfassendes Beratungsangebot – von der telefonischen Kurzberatung bis zum „Vollservice“ in der Beratungssprechstunde –, sondern auch Rechtsschutz für den Fall eines notwendigen Gerichtsverfahrens. Gleichwohl landen nur etwa 300 der 20.000 Beratungsfälle jährlich vor Gericht. „Der Mieterbund ist der größte Streitschlichter der Region“, betonte von Grünberg. Dazu trage insbesondere auch bei, dass es in Bonn (seit 1993), in Siegburg (seit 1998) und anderen Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises repräsentative Mietspiegel gebe. Sie schaffen Markttransparenz und erleichtern im Mieterhöhungsverfahren die gütliche Einigung der Mietparteien. Der Mieterbund habe lange und gegen harte Widerstände für Mietspiegel kämpfen müssen.

Auf diese „Bilanz“ sei er schon ein bisschen stolz, sagte von Grünberg. „Besonders stolz bin ich aber, dass dies eine gemeinschaftliche Leistung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war und ist, die wir immer wieder für den Mieterbund gewinnen konnten. Ihnen allen gilt heute mein Dank.“



Knapp 40 Mitglieder waren trotz drückender Hitze gekommen. Für Vorstand und Geschäftsführung ermutigend: Fast immer gab es keine Gegenstimmen

2009: 200 neue Mitglieder

Erfreuliches ist für das Geschäftsjahr 2009 zu berichten. Erstmals seit längerem verbucht der Mieterbund wieder einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Korrespondierend dazu entwickelte sich auch die Finanzlage. Kassierer Werner Dobersalske konnte einen „ganz passablen“ Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben verbuchen. Das erlaube die dringend notwendige Aufstockung des Personals in der Rechtsberatung und in der Verwaltung.

Hohe öffentliche Präsenz

Der Mieterbund zeigte 2009 auch immer öffentlich Flagge, wenn es um Mieterinteressen ging. Sei es in Stellungnahmen zur Kommunalpolitik, sei es bei Mieterversammlungen (2009 mehr als ein Dutzend) in Siedlungen mit massenhaften Missständen, gegen die weder die Eigentümer noch die Stadt etwas tun. Viel beachtete Höhepunkte waren die Jubiläumsveranstaltungen zum 90-jährigen Bestehen des Mieterbundes in Bonn im September 2009 (MieterZeitung 5/2009) und in Siegburg im April 2010 (MieterZeitung 3/2010). Erstmals wurden dabei auch mehrere hundert Mitglieder für langjährige Vereinstreue geehrt.

Diskussionsfreudig ...

zeigte sich auch in diesem Jahr die Versammlung, aus der sich neun Teilnehmer mit Fragen und Anmerkungen zu Wort meldeten.

... und zufrieden

Nachdem die Kassenprüfer Vorstand und Geschäftsführung geordnete Finanzen und sparsames Wirtschaften bescheinigt hatten, stand ihrer Entlastung nichts mehr im Wege. Sie erfolgte ohne Gegenstimme. Zufrieden zeigte sich in seinem Schlusswort auch der neue Vorsitzende Bernhard von Grünberg: „Ich bin guten Mutes für die Zukunft des Mieterbundes.“

Zwitschern Sie auch schon?

Twitter (deutsch ‚zwitschern‘, ‚Gezwitscher‘) nennt sich ein Dienst im Internet, der immer mehr Anhänger gewinnt. Wer sich registrieren lässt, kann dann die Twittergemeinde (neudeutsch „Community“) mit Kurznachrichten (maximal 140 Zeichen) versorgen: Aktuelles, Interessantes, Wissenswertes, Privates. Kurz: alles, was andere möglicherwei-

se lesen wollen. Andere Twitterer können sich an eine Adresse dranhängen und deren Nachrichten (tweets) abonnieren. Sie nennen sich Follower (von englisch „to follow“, ‚folgen‘). Die können darauf auch antworten und sie können die Nachrichten an ihre eigenen Follower weitergeben. Das ergibt eine Art Schneeballeffekt mit der Folge, dass Nachrichten sich mit rasen-

der Geschwindigkeit verbreiten. Deshalb will jetzt auch der Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr Twitter als Medium nutzen, Aktuelles und Wichtiges für Mieterinnen und Mieter zu verbreiten. Wenn Sie also schon twittern, dann werden Sie doch Follower des Mieterbundes unter: http://twitter.com/Mieterbund_Bonn. Der Mieterbund ist gespannt.



Foto: Cynthia Rühmekorf

Medzi dzigbe njeke nyeuie no wo, Felix!

Der Bonner Verein für Gefährdetenhilfe – dem Mieterbund partnerschaftlich verbunden – hatte sich eine Überraschung für Bernhard „Felix“ von Grünberg ausgedacht. Der wurde am 5. Juni 65 Jahre alt (geht aber freilich noch lange nicht „in Rente“). Der ghanaische Musiker Nana Kwesi Ansong brachte ihm in der Geschäftsstelle des Mieterbundes ein Ständchen. Herzlichen Glückwunsch auch von Vorstand, Beirat und den Mitarbeiter-Teams des Mieterbundes in Bonn und Siegburg.

Celsiusstraße: Stadt wird endlich aktiv

„Endlich reagiert die Stadt“, freut sich Barbara Naß über die Ankündigung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens gegen die Manjo GmbH, Vermieterin der Wohnanlage Celsiusstraße 19 – 29 auf dem Brüser Berg. Seit Dezember ist die Rechtsberaterin des Mieterbundes und Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion Hardtberg „am Ball“, um die teilweise katastrophalen Wohnungsmängel abzustellen. Der Gipfel war eine drohende

Strom- und Wassersperre durch die SWB, weil die Manjo GmbH ihre Schulden dort nicht bezahlt hatte. Der Mieterbund intervenierte, und die SWB lenkte ein („Dicker Hund in der Celsiusstraße“ in der Ausgabe 1/2010 der MieterZeitung). Auch auf sonstige Mängelrügen reagierte die Manjo GmbH nicht und schaltet immer noch

auf stur. Nach einer Mieterversammlung im Januar appellierten Mieterbund und Mieter mit zahlreichen Protestbriefen an die Stadtverwaltung, ihren Verpflichtungen bei der Wohnungsaufsicht nachzukommen. Zwischenzeitlich wurde ein Verfahren eingeleitet. Der Mieterbund wird weiter am Ball bleiben.

Deutscher Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e. V., Berliner Freiheit 36, 53111 Bonn, Tel. 02 28/94 93 09-0, Fax 02 28/94 93 09-22, www.mieterverein-bonn.de, info@mieterverein-bonn.de. Verantwortlich für den Inhalt der Seiten 15–17: Bernhard von Grünberg MdL, Bonn

Mieterrechte werden gestärkt!

Am 7. Juli 2010 haben die Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihren Entwurf für eine Koalitionsvereinbarung vorgelegt. Auf getrennten Parteitagungen haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Vereinbarung zugestimmt.

Kündigungsschutz soll verbessert werden

Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass die Kündigungssperrfristverordnung wieder eingeführt wird. Diese Verordnung befasst sich mit dem Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter nach der Umwandlung ihrer Wohnung in eine Eigentumswohnung. Immer dann, wenn ein Haus nicht als Einheit, sondern nur einzelne Wohnungen verkauft werden, entstehen dadurch sogenannte Eigentumswohnungen. Das Bundesrecht sieht vor, dass Mietern nach dieser Umwandlung drei Jahre lang nicht gekündigt werden kann, die sogenannte Kündigungssperrfrist.

Unter Rot-Grün in NRW gab es eine Verordnung, die diese Frist auf acht bis zehn Jahre verlängerte, wenn es in den jeweiligen Kommunen schwierig war, eine neue Wohnung zu finden. Die Regierung Rüttgers hatte diese Verordnung 2005 entgegen allen sozialen Beteuerungen ersatzlos abgeschafft.

Mit der neuen Regelung wird es wieder möglich sein, die Kündigungssperrfrist auf bis zu zehn Jahre zu verlängern.

Kommunen sollen gestärkt werden

Um die Kommunen wieder in den Stand zu versetzen, aktiv den lokalen Wohnungsmarkt zu steuern, werden verschiedene Unterstützungsleistungen zugesagt. So soll die Zweckentfremdungsverordnung wieder in



Harry Kurt Voigtsberger,
Minister für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr

Kraft gesetzt werden. Durch die ebenfalls von der CDU/FDP-Regierung abgeschaffte Zweckentfremdungsverordnung wird es den Kommunen ermöglicht, Eigentümer mit großen Leerständen durch Verfügungen zur Vermietung zu zwingen und ihnen bei Nichtbefolgung Bußgelder aufzuerlegen. Auch dem Verfall von Wohnungen kann so begegnet werden.

Im Koalitionsvertrag heißt es, weitere Instrumente zur Sicherung von Mietpreis- und Belegungsbindung sowie zur Stabilisierung von Wohnquartieren würden etabliert. Belegungsbindung bedeutet, dass Kommunen für bestimmte Wohnungen das Recht erhalten, diese mit Mieterinnen und Mietern zu belegen, die auf dem freien Wohnungsmarkt ansonsten keine Wohnung finden können.

Schluss mit der Privatisierung von kommunalen Wohnungsunternehmen!

Die Koalitionsvereinbarung spricht sich ausdrücklich dagegen aus, kommunale Wohnungsunternehmen zum Zwe-

cke der Haushaltssanierung zu veräußern. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass unter der Minderheitsregierung von Rot-Grün auch die Kommunen im Haushaltssicherungskonzept keine Weisungen der Bezirksregierungen erhalten, ihre Wohnungsgesellschaften zu verkaufen. Vielmehr sollen diese Unternehmen gestärkt und bei ihrer wichtigen Aufgabe der Daseinsvorsorge in den Kommunen unterstützt werden.

Grundrecht auf Wohnen wird geprüft

Die Koalition will prüfen lassen, ob und in welcher Form ein Recht auf gesundes und bezahlbares Wohnen in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen verankert werden kann. Damit erfüllen die beiden Parteien ein weiteres Wahlversprechen.

Die Verankerung eines solchen Grundrechtes würde insbesondere für Menschen ohne festen Wohnsitz eine Verbesserung ihres rechtlichen Status bedeuten.

Wohnungsbauförderung wird wieder Mietwohnraumförderung

Es ist eine Verschiebung des Schwerpunktes der Wohnungsbauförderung weg von der bisher im Vordergrund stehenden Eigenheimförderung hin zur massiven Förderung des Mietwohnungsbaus in Geschossbauten. Diese Verschiebung ist wegen der angespannten Wohnungsmärkte in der Rheinschleife und vielen Universitätsstädten im Land dringend notwendig und wurde vom Mieterbund NRW immer wieder gefordert. Ein kleiner Wermutstropfen liegt darin, dass es zukünftig kein eigenes Ministerium mehr für den Wohnungsbau gibt. Dieser Bereich wird eingegliedert

in ein neues „Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr“.

Volumen der Wohnungsbauförderung noch unklar

Besonders kritisch betrachtet der Mieterbund NRW, dass noch unklar ist, wie hoch die Wohnraumförderung im Jahr 2011 ausfallen wird. Offenbar haben CDU und FDP in den letzten Jahren massiv die Substanz des revolutionierenden Wohnungsbaufonds verkleinert. Dies geschah durch Verlagerung von Belastungen aus dem Haushalt hin zu diesem Fonds und durch Abschöpfung der Überschüsse. Erst nach einem „Kassensturz“ wird hier Klarheit herrschen. Allerdings wird sich der Mieterbund massiv dafür einsetzen, dass eine Förderung auf bisherigem Niveau erhalten bleibt – notfalls durch zusätzlichen Einsatz von Haushaltsmitteln. Die Aufgaben der Wohnungsbauförderung sind zu vielfältig und zu wichtig, um an dieser Stelle zu sparen.

Fazit

Insgesamt ist es erfreulich, dass es nach fünf Jahren Vernachlässigung der Mieterrechte und Ausverkauf von Zehntausenden von Mieterhaushalten an „Heuschrecken“ zumindest dem Koalitionsvertrag nach wieder in eine mieterfreundlichere Richtung in NRW geht. Dazu erklärt der Vorsitzende der Deutschen Mieterbundes Nordrhein-Westfalen, Bernhard von Grünberg: „Wir werden aufmerksam darüber wachen, dass die Verabredungen auch eingehalten und in tatsächliche Gesetzesvorhaben umgesetzt werden.“